

Prammer und SP-Frauen führen Kampf gegen Genitalverstümmelung

Utl.: Nationalratspräsidentin will "die Männer ins Boot holen" -

Bayr: Hauptaugenmerk auf Prävention - Bures: Eine der grausamsten Formen der Gewalt gegen Frauen =

Wien (APA) - Einen dringenden Appell zum Kampf gegen die in zahlreichen Ländern nach wie vor praktizierte Genitalverstümmelung bei Frauen haben prominente Politikerinnen in Wien erlassen. "Wir müssen alles tun, damit weibliche Genitalverstümmelung der Vergangenheit angehört", rief Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (S) am Montag bei einer Pressekonferenz anlässlich des internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar auf.

Prammer forderte, dass vor allem "die Männer ins Boot" geholt werden müssten, um "female genital mutilation (FGM)" zu unterbinden und klar zu machen, dass derlei Praktiken nicht tolerierbar seien. "Bisher wurden wichtige Schritte gesetzt, man darf aber nicht die Hände in den Schoß legen", so Prammer weiter. Bei der Ausarbeitung von Lösungsansätzen sei "auf Betroffene zu hören", schließlich brauche jedes Land unterschiedliche Lösungsansätze. Von europäischer Ebene gelte es überdies, die Betroffenen zu stärken, Armut und Analphabetismus zu bekämpfen sowie Aufklärung und Unterstützung zu leisten - dann könnte FGM schon bald der Vergangenheit angehören.

Ein Hauptaugenmerk müsse bei der Bekämpfung auf Prävention gelegt werden, Gerichtsverfahren alleine würden zu keinen Änderungen führen, warnte die Nationalratspräsidentin. Es sei deshalb notwendig, Beratungsinstanzen aufzubauen, um Verstümmelungen im Vorfeld zu erkennen und verhindern zu können.

Zur Lage in Österreich sagte die Sprecherin von "stopFGM", die SPÖ-Politikerin Petra Bayr, dass es hierzulande fast keine Verstümmelungen gebe, die meisten würden bei Auslandsaufenthalten durchgeführt werden. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei aber, dass auch dies nun strafrechtlich verfolgt werden könne. Explizit hingewiesen wurde auf die Tatsache, dass sich religiöse Gemeinschaften ganz klar von FGM distanzieren und diese nicht religiös begründet seien. Religion und religiöse Würdenträger seien in der Lage, einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Genitalverstümmelung bei Frauen beizutragen.

"FGM ist eine der grausamsten Formen der Gewalt gegen Frauen. Die Betroffenen haben ihr Leben lang unter massiven gesundheitlichen und psychischen Problemen zu leiden. Keinerlei kulturelle oder religiöse Gründe können als Rechtfertigung akzeptiert werden", erklärte auch Frauenministerin Doris Bures (S) in einer Presseaussendung.

Genitalverstümmelungen bei Frauen gehören in vielen Kulturkreisen Afrika und Südasiens zu einer Jahrtausende alten Tradition. Es wird geschätzt, dass aktuell weltweit etwa 155 Millionen Frauen Opfer sexueller Verstümmelungen sind.

(Schluss) fpr/siw/glw